

Sächsische Staatszeitung

Zeitweil: Nebenblätter: Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Alters- und Bundeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.

Nr. 41.

Mittwoch, 19. Februar nachmittags

1919.

Verlagspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 6 M. vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. — Erscheint nur Werktag. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574. — Postfachkonto Nr. 26956.

Ankündigungen: Die 1/2spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 50 Pf., die 1/2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1 Mark, unter Eingeladn 2 Mark. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 1/10 Uhr.

Ämtlicher Teil.

In sämtlichen Amtblättern abzubringen.

Diphtherie-Scrum mit der Kontrollnummer 2086 (Zweitausendsechshundachtzig) aus den Harzwerten in Höchst a. M. ist wegen bakterieller Verunreinigung zur Einziehung bestimmt worden. 288 IV M
Dresden, am 18. Februar 1919. 1857

Ministerium des Innern.

Der provisorische Konsul der Republik Ungarn in Dresden, Alexander S. Kauer in Dresden-Strehlen, hat dieses Amt niedergelegt. Das ihm vorläufig erteilte Exequatur ist damit erloschen. 66a III B
Dresden, den 18. Februar 1919. 1883

Wirtschaftsministerium.

Berichtigung.

In der in Nr. 35 der Sächs. Staatszeitung vom 12. Februar 1919 erschienenen Bekanntmachung, die Zunderarten der Reihe 11 und 12 betreffend, muß Satz 2 des Absatzes 1 lauten: „Nach diesem Zeitpunkte darf auf Karten der Reihe 11 Zunder im Kleinverkauf nicht mehr abgegeben werden.“ 107 a VL A 10

Höchstzuschläge zu den Höchstpreisen für Bier und bierähnliche Getränke für den Bierzwischenhandel.

Die Bekanntmachung vom 30. Dezember 1918 wird zufolge Ermächtigung des Wirtschaftsministeriums dahin abgeändert, daß der unter 3 festgesetzte Höchstzuschlag von 14 M. je hl auf 18 M. je hl bei bayerischen und den übrigen süddeutschen Bieren erhöht wird.

Bei den Bieren aus der norddeutschen Brauereiergemeinschaft verbleibt es bei dem Höchstfuß von 14 M. je hl. 298a IV
Chemnitz, am 18. Februar 1919. 1879

Die Kreisbauernschaft.

Höchstzuschläge zu den Höchstpreisen für Bier und bierähnliche Getränke für den Bierzwischenhandel (Verlag, Großhandel).

Die Bekanntmachung vom 8. Januar 1919 — Nr. 8 der Sächs. Staatszeitung vom 11. Januar 1919 — wird auf Grund erteilter Ermächtigung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums dahin abgeändert, daß der unter Ziffer 3 für allgemeine Geschäftskosten (einschließlich Nachfuhrkosten und Gewinn) festgesetzte Höchstzuschlag von 14 M. für einen hl auf 18 M. für einen hl bei bayerischen und den übrigen süddeutschen Bieren erhöht wird. Bei den Bieren aus der norddeutschen Brauereiergemeinschaft verbleibt es bei dem Höchstfuß von 14 M. für den hl. 209 a VB
Zwickau, am 18. Februar 1919. 1884

Die Kreisbauernschaft.

(Ämtliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Keine Sondersozialisierung in Sachsen.

(A.W.M.) In letzter Zeit sind in der sächsischen Presse Auffäge erschienen, die einer allgemeinen Sozialisierung des gesamten sächsischen Wirtschaftslebens das Wort reden, unabhängig von den Sozialisierungen im Reich. Die Sächsische Regierung legt Wert darauf, festzustellen, daß sie diesen Bestrebungen fernsteht, sie lehnt es insbesondere auch ab, daß von den Herren Dr. Neurath, Krauß und Schumann empfohlene Programm in der vorgeschlagenen Form zu dem ihrigen zu machen.

Das Programm, das die Regierung der Volkammer Sachsens vorzulegen gedenkt, ist wesentlich anders als die vorerwähnten Planungen. Soweit sächsische Unternehmen zur Sozialisierung reif sind, wird und kann die Sächsische Regierung nur im Einvernehmen und in Abereinstimmung mit der Reichsregierung handeln.

Deutsches Reich.

Zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Wichtig der deutschen Waffenstillstands-Kommission.
Berlin, 18. Februar. Die deutsche Waffenstillstands-Kommission teilt mit: Die Mitglieder der deutschen

Waffenstillstandskommission in Spa sind am 17. Februar aus Trier nach Spa zurückgekehrt. Von den ausgetauschten Notizen sind u. a. folgende bemerkenswert: Die belgische Kommission teilte am 15. Februar mit, daß die Zurückhaltung der Reichsmark aus dem belgischen Verkehr nunmehr beendet sei. Die belgische Regierung erwartet bis zum 20. Februar deutsche Vorschläge über die Verwendung und Einlösung des während der Besetzung Belgiens dort in Umlauf gesetzten deutschen Geldes, das zum Kurse von 1,25 Franc für die Mark auszutauschen sei. Die deutsche Unterkommission für Kriegsgefangene macht die Verbündeten in einer Note darauf aufmerksam, daß sich die Postverbindung mit den deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, England und Belgien von Tag zu Tag verschlechtert. Besonders sei es Frankreich, wo in hohem Maße Genugungen der deutschen Gefangenen ausgeblieben seien. In Basel Postamtgebäude liegen, wie die Note besonders hervorhebt, seit Dezember 1918 5000 Säcke mit Lebensmittel und Liebesgabenpakete des ausgehungerten deutschen Volkes an seine in französischer Kriegsgefangenschaft schmachtenden Söhne. Bezüglich seien die französischen Behörden um die Stellung von Güterwagen gebeten worden, damit die der Vernichtung preisgegebenen Lebensmittel endlich an die Adresse der sehnsüchtig wartenden gelangen. Aber noch immer ist keine Antwort eingegangen. Der Briefverkehr mit den deutschen Kriegsgefangenen in Belgien stockt seit Beginn des Waffenstillstands fast völlig. Aus England liegt die Nachricht vor, daß den Gefangenen seit Mitte Dezember weder Briefe noch Geld, noch von Deutschland abgekannte Lebensmittel ausgehändigt wurden und daß den deutschen Gefangenen vielfach verboten wurde, an ihre Angehörigen zu schreiben. Die Note eruchtet, die mehrfach zugesagten Erleichterungen im Postverkehr so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen.

Ausprägungen gegen die kapitalistischen Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 18. Februar. Weitere energische Protestausprägungen gegen die kapitalistischen Waffenstillstandsbedingungen sind der Reichsregierung von politischen Vereinen und bürgerlichen Verbänden folgender Plätze zugegangen: Arnstadt, Culmburg, Lüneburg, Sangerhausen, Dahlhausen a. d. R., Fürstentum, Jünnenau, Nordhausen, Straßburg i. d. Uferm., Reustadt i. S., Döbeln, Prenzlau, Brandenburg, Ullersberg i. Holz., Stollberg i. Erzgeb. und Ludwigshafen a. Rh. Der neuen deutschen Volkregierung wird mehrfach versichert, daß sie bei Abwehr der feindlichen Verwertungspläne das deutsche Volk geschlossen hinter sich hat.

Graf Brodorski und die Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 18. Februar. Wie wir zuverlässig hören, wird die Waffenstillstandskommission auch künftig nicht dem Auswärtigen Amte unterstellt werden. Jedoch hat sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brodorski die Oberleitung über die Verhandlungen vorbehalten. In allen entscheidenden Fragen wird natürlich die Nationalversammlung befragt werden.

Unbegründete Gerüchte über den Rücktritt des Kapitäns Banselew.

Berlin, 18. Februar. Die Gerüchte über einen Rücktritt des Kapitäns Banselew sind, wie zuverlässig bekannt wird, durchaus unbegründet.

Berlin, 18. Februar. Von verschiedenen Blättern ist die Nachricht gebracht worden, Kapitän z. S. Banselew habe sein Amt in der Waffenstillstandskommission niedergelegt, weil er das Vorgehen des Reichsministers Erzberger für katastrophal in bezug auf die militärischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands halte. Diese Nachricht ist falsch. Kapitän z. S. Banselew ist zurzeit Vertreter des Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission. Schon diese Tatsache allein beweist, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichsminister Erzberger in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission und dem Kapitän Banselew nicht besteht. Vielmehr ist die falsche Nachricht dadurch entstanden, daß beabsichtigt wird, die Angelegenheit der Kriegsmarine in andere Hände zu legen.

Die Kosten der Erhaltung der feindlichen Armeen in den besetzten Gebieten.

London, 18. Februar. (Agence Havas.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sagte, daß die Kosten für die Erhaltung der verbündeten Armeen in den besetzten Gebieten gemäß den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages von Deutschland zu vergüten sind. Die verbündeten Regierungen gehen gegenseitig gemeinsam an die Aufstellung der Kosten.

Keine Verheimlichung von Namen deutscher Unterseebootmannschaften in britischer Gefangenschaft.

Berlin, 18. Februar. Der Vorsitzende der britischen Mission der Waffenstillstandskommission in Spa gab auf die Anfrage von deutscher Seite die nachstehende

Erklärung ab: Ich bin in der Lage, Sie davon zu verheimlichen, daß keine Namen von Deuten der Unterseebootbesatzungen, die in englische Gefangenschaft geraten sind, verheimlicht werden würden.

Der französische Bericht über den Friedenskongress.

Paris, 17. Februar. Die Agence Havas veröffentlicht folgenden diplomatischen Situationsbericht: Hoch berichtete am Montag den Vertretern der Großmächte über die Annahme des Waffenstillstandsvertrages durch Deutschland. Nach diesen Erklärungen trug Belgand eine kleine Änderung in der Demarkationslinie in Polen vor. Die Frage der den Deutschen entzogenen Gebiete wurde besprochen, aber keine Stellung dazu genommen. Die Überwachung und der Schutz dieser Gebiete werde in Warschau durchgeführt. Da es sich nur um eine vorläufige Maßnahme handelt, würde keine feste Stellung dazu zu nehmen sein. Ferner kam die Ablieferung der Handelschiffe, des noch ausstehenden rollenden Materials und der Unterseeboote zur Sprache. Auch wurde die Rückgabe der aus den besetzten Gebieten weggeführten industriellen Werte usw. besprochen. Es wurde dabei insbesondere auf Glas-Vorräte hingewiesen. Zum Waffenstillstandsabkommen sei noch zu bemerken, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Abmachung handle. In den nächsten Tagen soll ein endgültiger Waffenstillstandsvertrag vorgelegt werden, der bis zum Abschluß des vorliegenden Weltung haben solle. Deutschland werde danach nur eine Militärmacht von 25 000 Mann zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bedürfen. Alles Kriegsgerät solle mit den Kriegsindustrien dem Verbands unterstellt werden. Der Sonderauschuß hat seine Arbeiten für diesen Antrag bereits beendet. Das Ergebnis wird den Vertretern der Großmächte nächstens vorgelegt werden. Es sei nötig, daß Hoch in der Lage sei, die Bedingungen den Deutschen bereits am nächsten Donnerstag bekanntzugeben. Die Sitzung war durch diese Besprechungen ganz ausgefüllt, jedoch die übrigen Fragen eine Verzögerung erlitten. Doch ist zur Weiterberatung noch das Untersuchungsergebnis abzuwarten.

Die Zertrümmerung unseres Heeres und unserer Flotte.

Amsterdam, 18. Februar. Einem hiesigen Blatte zufolge meldet der Korrespondent der „Times“ aus Paris: Man wird von Deutschland fordern, daß es an die Verbündeten das gesamte Kriegsgerät ausliefern, das nicht von einem aus 25 bis 35 Divisionen herabgesetzten Heere benötigt wird. Es wird strenge Kontrolle über die Rütze ausgeübt werden, die Deutschland besitzt, um Kriegsgüter fortzuführen. Weiterhin wird man vermutlich die Vernichtung aller Werkzeuge, die nur dem Kriege dienen, fordern. Zur Ausführung dieser Bestimmungen wird die Besetzung Essens und der Marinearsenale unter der einen oder der anderen Form für notwendig erachtet. Deutschland wird außerdem sofort die Schiffe ausliefern müssen, die in den früheren Waffenstillstandsverträgen genannt, aber noch nicht ausgeliefert worden sind. Die Verbündeten werden darauf die Friedenskräfte der deutschen Flotte indirekt dadurch festsetzen, daß sie die internierten deutschen Schiffe in Beschlag nehmen. Aber das weitere Schicksal dieser Schiffe ist noch kein Beschluß gefaßt worden. Im Hinblick aber auf den Wüterbund ist es unnötig, die deutschen Schiffe unter die Verbündeten zu vertellen. Es steht beinahe fest, daß die deutsche Flotte als alles Eisen verkauft werden wird.

Die feindlichen Forderungen betreffs der deutschen Flotte.

Paris, 17. Februar. (Reuter.) Es ist so gut wie sicher, daß die endgültigen Friedensbedingungen betreffs der deutschen Flotte folgende Punkte umfassen werden: Zerstörung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungsanlagen am Kieler Kanal, sowie Öffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr. Man wird Deutschland nur eine Flotte belassen, die für Verteidigungszwecke genügt.

Die französische Verzögerung des Friedensschlusses.

Berlin, 18. Februar. „New York Times“ berichtet, daß die amerikanischen Delegierten entrüstet seien wegen der intensiven Propaganda der Franzosen, den Friedensschluß zu verzögern. Die amerikanische Delegation will dieserhalb vorschlagen, die Friedenskonferenz nach einem Orte außerhalb Frankreichs zu verlegen.

Gesekentwürfe für die Nationalversammlung.

Weimar, 18. Februar. In der am 17. d. M. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Preuß abgehaltenen Vollsitzung des Staatsauschusses erklärte sich dieser auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 damit einverstanden, daß folgende Gesekentwürfe der Nationalversammlung vorgelegt werden: 1. Der Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der verfassungsdrechtlichen Vorschriften, 2. der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, 3. der Entwurf eines

geigte für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten im-...

Hg. v. Grafe (Deutschm.): Graf Poldowski hat treffend nachgewiesen, daß die Bezeichnung „Waffenstillstand“ geradezu ein...

Ministerpräsident Scheidemann: Daß ich gesagt haben soll, es würde der Augenblick kommen, wo wir kein Lager wählen, mag sein; es entspricht ganz meiner Auffassung. Aber dieser entspricht es auch ebenso vollkommen, daß wir in diesen Tagen den Bedingungen, so schwer sie waren und so schwer es unseren Unterhändlern angekommen sein muß, sie zu unterzeichnen, die Verantwortung für ein Nein nicht übernehmen könnten. (Beif. Zustimmung b. d. Reich.) Ich erfülle nur eine Pflicht der Loyalität, wenn ich feststelle, daß Sie der Vollität des Prinzen...

Reichsminister Erzberger (zur Rechten gewandt): Sie haben hier kein Recht, Klage zu erheben, denn Sie sind die Schuldigen, die das deutsche Volk ins Unglück hineingeführt haben. Annehmlichkeit ist es, wenn Herr v. Grafe hier auftritt und unsere Freunde geradezu ausschaltet, und die Handelsliste wegzunehmen, indem er sagt, er halte das für ganz selbstverständlich. Unseren Unterhändlern werden diese Sätze als aus der Nationalversammlung stammend entgegengehalten werden. Die Karte der Bedingungen verurteilt ich ebenso stark wie Sie. Aber ich behaupte, über die 14 Wilsonschen Punkte ist damit nicht hinausgegangen worden. Und was hätten wir erreicht, wenn wir nicht unterzeichnet hätten? Dann hätte Clemenceau triumphiert. Denn damit wäre die ihm löstliche Aufgabe der 14 Punkte Wilsons mit einem Schlage erledigt worden und zwar durch unsere Schuld. (Beif. Beifall.)

Hg. v. Grafe (Unabh. Soj.): Es wird noch sehr viel zu sehr mit dem Säbel geräffelt. Das Volk in seiner Rasse will den Frieden. Wir sind nicht in der Lage, der alten Abenteuerpolitik eine neue Abenteuerpolitik hinzuzufügen.

Hg. Dr. Stresemann (Deutsche Sp.): Der Kern der Interpretation ist nicht: Was mit Erzberger, sondern doch Unterstell der des Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt.

Reichsminister Dr. Tausch: Das Schlimme an der heutigen Interpretation ist, daß sie von Männern ausgeht, welche die Schuld an unserem ganzen Jammer trifft. Wenn draußen der Eindruck erweckt würde, daß Sie (zur Rechten) noch einen maßgebenden Einfluß besitzen, so könnte uns das in der Weltphysiologie außerordentlich schaden.

Damit schließt die Besprechung. Schluß der Sitzung 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Ausland.

Die Wahlen in Deutsch-Osterreich.

Wien, 18. Februar. (Wiener Korresp.-Bureau.) Das endgültige amtliche Ergebnis der Wahlen liegt noch nicht vor, da aus einzelnen Bezirken die Zahlen noch fehlen, doch wird in unterrichteten Kreisen nach den bisherigen Meldungen folgendes Gesamtergebnis erwartet: 75 Sozialdemokraten, 63 Christlichsoziale, 22 Deutschfreiheitliche, ein Tscheche und ein Jüdischnationaler. Die Sozialdemokraten feierten den Wahlerfolg durch Umzüge und Siegesfeiern in verschiedenen Bezirken Wiens. Dabei wurde auch der Forderung Ausdruck verliehen, daß die Sozialdemokraten nunmehr in dem neu zu wählenden Wiener Gemeinderat und dem niederösterreichischen Landtage den führenden Platz einnehmen müssen und daß ihnen insbesondere die Stelle des Bürgermeisters gebühre. Die Beratungen verliefen ebenso wie der ganze Tag in vollkommener Ruhe und Ordnung.

Wien, 18. Februar. (Wiener Telegr.-Korr.-Bureau.) Von den 255 Mandaten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung wurden gestern 162 besetzt. Die übrigen Mandate konnten infolge der Besetzung gewisser Gebiete Deutsch-Osterreichs durch Tschecho-Slowaken und Italiener nicht besetzt werden. Gewählt wurden in Niederösterreich 47 Sozialdemokraten, 27 Christlich-Soziale, 8 Deutschnationaler, 1 bürgerlicher Demokrat, 1 Jüdisch-Nationaler, 1 Tschecho-Slowake; in Oberösterreich 5 Sozialdemokraten, 11 Christlich-Soziale, 2 Deutschnationaler, 4 Freiheits- und Ordnungsparteiler; in Salzburg 2 Sozialdemokraten, 3 Christlich-Soziale und 2 Deutschfreiheitliche; in Steiermark 9 Sozialdemokraten, 16 Christlich-Soziale, 1 Feiertlicher Bauernbündler und 2 deutsche Demokraten; in Kärnten 4 Sozialdemokraten, 2 Christlich-Soziale, 1 deutscher Demokrat, 2 Kärntner Bauernbündler; in Vorarlberg 1 Sozialdemokrat, 3 Christlich-Soziale. Im ganzen sind gewählt 70 Sozialdemokraten, 67 Christlich-Soziale, 23 Deutschfreiheitliche, 1 Jüdisch-Nationaler und 1 Tschecho-Slowake.

Wien, 18. Februar. Die bürgerlichen Blätter haben hervor, daß bei den Wahlen keine Partei für sich allein die Mehrheit gewinnen konnte. Die Sozialdemokratie als stärkste Partei werde demnach entweder mit anderen größeren Parteien eine Koalition schließen müssen, oder, was die Blätter als wahrscheinlicher ansehen, es werde vermutlich bei dem bisherigen Kompromiß zwischen den Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen und Deutschnationalen bleiben, obwohl einzelne Blätter nicht ver-

heßten, daß unter den neuwählten Deutschfreiheitlichen eine feste Strömung herrschen soll, in die Opposition zu gehen. Die Ernennung der Abgeordneten für die besetzten Bezirke soll demnächst beschleunigt werden, daß sie bereits an der Konstitution der Nationalversammlung, deren Zusammentritt in die erste März-Woche fallen dürfte, teilnehmen können.

Beratungen der deutsch-österreichischen Staatssekretäre mit dem ungarischen Finanzminister über die Währungsfrage.

Wien, 18. Februar. Der „Ungarischen Post“ zufolge fand nachmittags eine Konferenz des Staatssekretärs Bauer, des Staatsbankiers Renner und anderer Staatssekretäre mit dem ungarischen Finanzminister Szegedy über die Währungsfrage statt. Auf beiden Seiten wurde die Bereitwilligkeit eines gemeinsamen Vorgehens festgestellt und betont, daß eventuelle Maßregeln der beiden Regierungen nur besenbte Zwecke verfolgen sollen.

Die finanziellen Verpflichtungen Deutsch-Osterreichs und Ungarns dem Ausland gegenüber.

Wien, 18. Februar. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge werden die Regierungen Deutsch-Osterreichs und Ungarns seinerzeit den neutralen und feindlichen Staaten eine amtliche Mitteilung zugehen lassen, in der sie ihren Entschluß kundgeben werden, ihren finanziellen Verpflichtungen dem Ausland gegenüber in vollem Maße nachzukommen.

Die Kämpfe in den baltischen Provinzen.

Riga, 18. Februar. Die Pressestelle Riga meldet von der lettlandischen Front: Am 18. d. M. wurde ein feindlicher Angriff bei Schrauden ohne eigene Verluste abgelenkt. Heute früh griff der Feind Goldingen mit starken Kräften an. Er wurde abgewiesen.

Amsterdam, 18. Februar. Der „Times“ wird aus Helsinki gemeldet, daß Trotzky den Befehl gegeben habe, daß das bolschewistische Heer in Estland und Livland auf der ganzen Linie Narva—Ristow—Kolmar zum Angriff übergeht. Dieses Heer verfügt über 40 000 Mann, mehr als 100 Geschütze und mehrere Panzerszüge und Flugzeuge. Der Kampf, der am Abend auf der ganzen Front sehr hartnäckig geführt wurde, dauert an. Auf beiden Seiten sind die Verluste schwer.

Die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den polnischen und ukrainischen Truppen.

Wien, 18. Februar. Aus Warschau wird durch Funkpruch gemeldet: Die Interalliierten-Kommission beschloß, eine Abordnung unter General Bartheleng nach dem polnisch-ukrainischen Grenzgebiet zu entsenden, welche die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den polnischen und ukrainischen Truppen herbeiführen soll. In einem Telegramm an die Truppenkommandanten wurde der Abbruch eines Waffenstillstandes bis zum Eintreffen der Abordnung verlangt.

Präsident Wilson und der Völkerbundentwurf.

Paris, 18. Februar. Havas erfährt aus Washington, daß Präsident Wilson von Nord des „George Washington“ am den Kongressauschuß für auswärtige Angelegenheiten den Entwurf des Entwurfes für den Völkerbund gesandt habe, daß der mit der Aufstellung der Artikel beauftragte Ausschuß tatsächlich die ganze Welt vertreten. Neben den Vertretern von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan hätten auch Vertreter von Belgien, Serbien, China, Griechenland, Rumänien, der Tschechoslowakei, von Polen, Brasilien und Portugal an der Besprechung teilgenommen und wirksam an dem Vertragsentwurf mitgearbeitet. Kein Artikel sei festgelegt worden, ohne von jedem Ausschussmitgliede sorgfältig geprüft zu sein. Jeder Artikel beruhe in Ausdruck und Inhalt auf guten und zureichenden Gründen. Der Präsident schließt: Ich habe den Wunsch, daß es mir vergönnt sei, Artikel für Artikel des Planes des Völkerbundes mit Ihnen durchzubesprechen, bevor er Gegenstand öffentlicher Aussprache ist. In dieser Absicht möchte ich, daß Sie zu mir in das Weiße Haus zum Essen kämen, sobald meine Verpflichtungen nach meiner Ankunft in den Vereinigten Staaten es gestatten. Man glaubt, daß der Präsident die Mitglieder des Kongresses am 26. Februar verjammeln wird.

Die kleinen Nationen und der Völkerbundentwurf.

Christiania, 18. Februar. „Verdensgang“ ist der Ansicht, daß der Völkerbundentwurf für die kleinen Nationen eine Enttäuschung sei und bemängelt, daß der Krieg nicht völlig abgeschafft, sondern nur erloschen sei. Insbesondere wird kritisiert, daß nicht alle Nationen sofort in den Bund aufgenommen werden sollten. „Sozialdemokraten“ lehnt den Entwurf scharf ab und warnt die norwegische Regierung vor dem Beitritt zum Völkerbund. Das Blatt charakterisiert den Völkerbund kurz als eine Organisation, in der einzelne Großmächte vorherrschen und der Militarismus fortbesteht. Das Proletariat könne einen solchen Bund niemals gutheißen.

Die internationale Arbeitskommission in Paris.

Paris, 18. Februar. Die internationale Arbeitskommission setzte unter dem Vorsitz von Gompers die Prüfung des Teiles des britischen Projektes fort, der die innere Regelung der allgemeinen Konferenz behandelt. Sie nahm den von der belgischen Delegation eingereichten Vorschlag an, nach dem jeder Staat zwei Delegierte, die eine Stimme haben, in die Konferenz schick. Eine Stimme wird den Vertretern der Angestellten, eine andere den Vertretern der Arbeiter zugeordnet.

Die englische nationale Konferenz in Westminster.

London, 18. Februar. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die nationale Konferenz, welche die Regierung angesichts der Unzufriedenheit in der Industrie zusammengerufen hat, am 27. d. M. in Westminster tagen wird.

Die Wiederannahme des britischen Handels mit der Türkei, Bulgarien und Südrußland.

London, 18. Februar. (Reuters.) Das Handelsamt genehmigte die Wiederannahme des Handels unter Lizenz mit der Türkei, Bulgarien, den russischen Schwarzmeerschiffen und Südrußland. Sieben Schiffahrtsgesellschaften richteten einen sofortigen Dienst mit dem Schwarzen Meer ein.

Die Kämpfe in Rußland.

Bern, 18. Februar. Der englische Heeresbericht vom 18. d. M. meldet, daß die verbündeten Truppen an der Archangel-Front einen erfolgreichen Gegenangriff gemacht haben. „Daily News“ meldet, daß die sibirischen Truppen zu einer Offensive gegen die Bolschewisten nicht fähig seien. Die Tschechen wollten nicht an die Front im Osten zurückgezogen werden. In der Ukraine sind die Bolschewisten bis südwestlich Zetelarnobad vorgebrungen.

Die schlimme Lage in Petersburg und Moskau.

London, 18. Februar. Dem Wienerischen Bureau zufolge ist die Lage in Petersburg und Moskau schlimmer denn je.

Die Konferenz auf den Prinzinseln.

Genf, 18. Februar. (Schweiz. Dep.-Agentur.) Montag abends 9 Uhr 50 Min. zeit Prof. George Herron, einer der amerikanischen Delegierten für die Konferenz auf den Prinzinseln, nach Paris ab, von dort aus wird sich Herron unmittelbar über Konstantinopel nach dem Orte der Konferenz begeben.

Die Ausweisung der Deutschen aus China.

Amsterdam, 18. Februar. Einem hiesigen Blatt zufolge meldet die „Times“ aus Shanghai, daß die chinesische Regierung jetzt endgültig Schritte unternommen habe, um die feindlichen Interaktionen in ihre Heimat zurückzuführen. Jetzt ist die erste Gruppe ausgewiesener Deutscher an Bord von zwei Schiffen unter Begleitung eines britischen Kanonenbootes abgefahren, nachdem in Proklamationen die Heimfindung, die mit Beschlagnahme des Besizes verbunden ist, angekündigt worden war. Es werden nur wenige Ausnahmen zugelassen, Personen über 60 Jahre, Kranke und die Ärzte, die von den niederländischen Konsularbehörden beantragt werden, dürfen bleiben, ebenso die Personen, für welche die verbündeten Gesandten einsehen. Die Kosten der Heimbeförderung werden aus dem Ergebnis des Verkaufes des deutschen Besizes bestritten. Bezüglich des verbleibenden Überflusses werden vermutlich später Verhandlungen geführt.

Beschlagnahme des deutschen Besizes in China.

Amsterdam, 18. Februar. Die „Times“ melden aus Shanghai, daß der gesamte deutsche Besiz in China beschlagnahmt worden ist.

Die chinesisch-japanischen Beziehungen.

Berlin, 18. Februar. Nach dem „Echo de Paris“ vom 14. d. M. verursachen die chinesisch-japanischen Beziehungen in Washington Unruhe. Japan drängt darauf, daß China für den Fall der Rückertattung von Tientsin den mit Japan über die Schantungseisenbahn abgeschlossenen Vertrag ratifiziert, der ihm gewisse wirtschaftliche Vorteile in China zusichert, was die Friedenskonferenz vor eine vollendete Tatsache stellen würde. China hat dagegen die Hilfe Amerikas anzufragen, um der Gefahr zu begegnen, von Japan allmählich verdrängt zu werden.

kleine politische Nachrichten.

Berlin, 19. Februar. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Yagamo: Das im Palazzo Caffarelli enthaltene deutsche Reichsconsulat wurde nach der Villa Malta übergeführt. Kapstadt, 18. Februar. Den nationalistischen Abgeordneten, die infolge der Beigabung des Handelsschiffes „Durham Castle“, mit ihnen an Bord in See zu gehen, nicht absagen konnten, ist angedeutet worden, ihre Reise auf einem Kriegsschiffe zu machen.

Mannigfaltiges.

Dresden, 19. Februar.

* Die Verteidigung der Sicherheitstruppen hat heute nachmittag um 2 Uhr im Schloßhofe begonnen. Volksbeauftragter Reuring, als Minister für Militärwesen, verpflichtet die Truppen auf die neue Eidesformel, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich schwöre nach reiflicher Überlegung, daß ich während meiner Zugehörigkeit zur Sicherheitstruppe der gegenwärtigen und jeder durch die Volkammer des Freistaates Sachsen beständigen Regierung unbedingten Gehorsam leisten, Ruhe und Ordnung in ihrem Dienste aufrechterhalten, Antrere und Raubteil von ihr abwenden sowie alle im Dienstvertrage eingegangenen Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen will.“

* Wegen banklicher Veränderungen können bei der Kautions- und Depositionskasse der Sächsischen Finanzhauptkasse im Finanzministerium Dresden-Neustadt in der Zeit vom 19. Februar bis mit 25. d. M. nur besonders dringliche Angelegenheiten erledigt werden.

* Die Kohlenzufuhr ist nach wie vor so gering, daß außer den bereits zur Belieferung im Februar zugelassenen Mengen keine weiteren Lieferungen auf die Februar-Abschnitte der Kohlenarten und auf die Kohlenbezugscheine freigegeben werden können. Die Belieferung der blauen und der roten Zusatzarten ist auch weiterhin gänzlich unterbott. Da nach Mitteilung des Reichskommissars für März und April wahrscheinlich überhaupt keine Scheine zum Bezuge von Hausbrandkohle an die Versorgungsbezirke herausgegeben werden, müssen sich die Haushaltungen wie die Inhaber von Bezugscheinen darauf einrichten, daß die bis zum 31. März gültigen Kohlenarten und -bezugscheine auf den Monat April erstreckt werden, und selbst dann besteht für ihre volle Belieferung bis Ende April keinerlei Gewähr. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß das Beheizen von Theatern und Sälen nach der Ministerialverordnung vom 7. Januar d. J. nach wie vor streng verboten ist, und daß Zuwiderhandlungen unmissverständlich verfolgt werden.

* In dieser Woche wird die Reichsfleischkarte „Reihe A“ mit 250 g Frischfleisch vorausbeliefert.

* Nach der in der heutigen Nummer unserer Zeitung abgedruckten Katsbekanntmachung werden bei der nächsten Hauptausgabe der Lebensmittelkarten Wochen-Kartoffel-Karten an die in der Wochenversorgung gebildeten Personen im voraus auf die Zeit vom 27. April bis 31. Mai ausgegeben. Bis zum 26. April sind die Wochen-Kartoffel-Karten bereits in den Händen der Verbraucher. Hierdurch soll den auf

Der Prophet.

Roman von Felix Remmann.

(Fortsetzung zu Nr. 38.)

Nun wurde der Professor dringlicher. "Du mußt dir Häufelchen heranziehen, die dich entlasten. So kann das mit deiner Tätigkeit doch nicht weitergehen. Hastig fiel Doktor Willibald ein: "Nein, nein, mein Lebenswert darf ich nicht fremden Händen ausliefern."

Ist auch nicht der Kernpunkt der Sache, aber ich, dein Vertrauter, nehme daran ernstesten Anstoß und das muß dir zu denken geben, denn du weißt, daß ich wahrlich nicht kleinlich bin. Ich nehme dir deine Mahnung auch gar nicht übel, trotzdem ich meine, daß du mir nicht gerade jetzt hättest damit zu kommen brauchen.

Du hast zu deinem Werke die rechte Stunde gewählt, denn du sagst sehr richtig: Weihen wir den jungen Frieden, indem wir Kunst, Wissenschaft und Mitleid mit denen, die im Schatten leben, zur Lebensregel erheben.

Er unterbrach sich selbst und blinzelte den anderen plötzlich starr an. Aber nein — ich weiß, daß nur ein ganz besonderer Grund dich veranlassen kann, gerade heute, gerade jetzt so zu mir zu sprechen.

Wissenschaft und Kunst.

Sächsischer Kunstverein.

Die Ausstellung der Dresdener Künstler, die als Decretesangehörige am Kriege beteiligt waren, ist so umfangreich, daß sie die weitgehenden Räume des Ausstellungsaufbaues des Sächsischen Kunstvereins bis in den letzten Winkel in Anspruch nimmt.

Bei den französischen Neoimpressionisten beeinflusst ist zweifellos auch Arthur Rudolf, der eine "Auferstehung", eine "Genesende" und das "Bildnis eines Kriegers" ausstellt. Der Künstler wirkt farblich zwar sehr kraftvoll, aber noch etwas schwer.

An der Spitze der Künstler, die der impressionistischen Malerei treu geblieben sind, ist Richard Müller zu nennen, der außer zwei schon bekannten Arbeiten, dem "Predigenden Rind" und dem "Palmtannen Hund" eine Arbeit aus dem Kriege, "In der Ruine Vons", ausstellt.

Der junge Maler Wilhelm Hedrodt neigt ja wohl, wenn ich es richtig in der Erinnerung habe, der expressionistischen Malerei zu; in den beiden Bildern, die er zu dieser Ausstellung beigezeichnet hat — einem "Meier am Fluß" und einer "Kast im Walde" — freilich gibt er sich als voller Impressionist und gewiß nicht zu seinem Schaden, denn es sind beide Gemälde Arbeiten von großer Eindrucksstärke der Zeichnung wie des Kolorits.

Sechtes Philharmonisches Konzert. (Georg Schumann, Eva Blaschke v. der Osten, Dresdner Trio.) Ein nach jeder Richtung hin anregender Abend, nach der Seite der Persönlichkeiten wie des von ihnen Gebotenen. Nach Cherubinis formhöflicher, feingegliederteter Anatron-Duvertüre erschien — eine Neuerung im Dresdner Kunstleben — eine unserer Opern-Frieden, Frau Blaschke v. der Osten, auf dem Podium und vermittelte uns die Bekanntheit mit einer in den Linien der italienischen Gesangsmelodie der Verdi-Zeit recht ausdrucksvollen Arie aus der Oper "Giocanda" (1876) von Ponchielli.

